

# Themenplanung Debattenphase ‚Sozial-ökologische Transformation‘

Finale Fassung (28.02.26)

## Inhaltsverzeichnis

1.	„Woher kommen wir?“ - Ausgangspunkt Erfurter Programm	1
2.	„Wo stehen wir?“ – Aktuelle Hegemoniekämpfe: strategische und inhaltliche Linien der Linken	2
2.1	Aktuelle Situation	3
2.2	Sozial-ökologischer Umbau hier und heute – was gilt noch und was nicht?	4
3	Fragestellungen für die Programmdebatte	5
4	Akteure, die wir in die Debatte einbeziehen wollen	7

## 1. „Woher kommen wir?“ – Ausgangspunkt Erfurter Programm

*„Unterordnung der Wirtschaft unter die solidarische Entwicklung und den Erhalt der Natur – das betrachten wir als zweite Leitidee. Sie erfordert einen sozialökologischen Umbau zu nachhaltiger Entwicklung anstelle profitorientierten Wachstums“ (S. 10, Erfurter Programm)*

Dieses Zitat ist eine der drei zentralen Leitideen in der Präambel des Erfurter Programms. Das Grundsatzprogramm wurde verfasst zu einer Zeit, in der fossile Kapitalfraktionen vorherrschend waren und auch Konzerne in Deutschland noch stark in neue fossile Infrastruktur investierten (z.B. neue Kohlekraftwerke und Erdgas-Pipelines). Es entstand noch vor dem Pariser Klimavertrag, in einer Zeit, in der die Klimakatastrophe zwar öffentlich diskutiert wurde, die Energiewende in Deutschland mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz auch schon eingeleitet war, entschlossene und verbindliche Maßnahmen zum Klimaschutz allerdings nicht umgesetzt wurden. Die Klimabewegung war eng verbunden mit Globalisierungsprotesten, globale Gerechtigkeit spielte deshalb eine größere Rolle als heute in der Debatte. In Anbetracht dessen war das Grundsatzprogramm beeindruckend visionär.

Die hohe Relevanz sozial-ökologischer Fragen kommt im Grundsatzprogramm zum Ausdruck: „Die große Herausforderung zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist der Klimawandel.“ Auch drohende Ressourcenknappheit und Kritik am grenzenlosen Wachstum werden thematisiert: „Eine ökologisch nachhaltige Entwicklung steht im Widerspruch zur kapitalistischen Wachstumslogik. Die ökologische Frage ist zugleich eine ökonomische, soziale und kulturelle – eine Systemfrage.“

Im Programm heißt es, der sozial-ökologische Umbau unserer Gesellschaft ist „nicht nur ökologisch geboten, sondern auch eine ethische, soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit. Unsere heutige Produktions- und Konsumptionsweise ist nicht gerechtigkeitsfähig, auch weil sie zu unökologisch ist. Und sie ist nicht ökologiefähig, auch weil sie ungerecht ist“ (S. 78). Dieser Ansatz hat an Aktualität nicht verloren.

### Sozial-ökologische Transformation im Grundsatzprogramm

Das Grundsatzprogramm thematisiert sozial-ökologische Fragen an mehreren Stellen. Insgesamt bietet das Grundsatzprogramm einen ausführlichen Überblick über die programmatischen Positionen der Linken, die im Großen und Ganzen in dieser Form bis heute die Grundlage der aktuellen Wahlprogramme bilden.

Die Forderung nach einem sozial-ökologischen Umbau wird bereits in der Präambel betont:

*"Die Linke kämpft für einen sozial-ökologischen Umbau in Richtung eines nachhaltigen, ressourcensparenden und umweltbewahrenden Wirtschaftens und Lebens. Wir brauchen eine regulierte, nachhaltige Entwicklung in Verbindung mit mehr sozialer Gerechtigkeit. Wir wollen eine Energiewende auf der Basis von erneuerbaren Energien ohne Atomkraft, die nicht zu Lasten der Menschen im globalen Süden geht und nicht durch Zerstörung weiterer ökologischer Ressourcen erreicht wird."*

In diesen Abschnitten werden die Positionen der Linken zum sozial-ökologischen Umbau sehr detailliert geschildert:

- Kapitel 2: Krisen des Kapitalismus – Krisen der Zivilisation, Die Zentralität der ökologischen Frage (S. 34–35)
- Kapitel 3: Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert, eine wirkungsvolle demokratische, soziale und ökologische Rahmensetzung (S. 45–46)
- Kapitel 4: Linke Reformprojekte – Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung, 4.4 Wie erhalten wir Natur und Gesellschaft? Sozial-ökologischer Umbau (S. 78–84)

Außerdem gibt es weitere Abschnitte zu Wirtschaftsdemokratie und zur Agrarwende, die mittlerweile in der Linken eng verknüpft sind mit der Debatte über die sozial-ökologische Transformation. Das Programm selbst definiert die sozial-ökologische Transformation als Querschnittsaufgabe in allen politischen Bereichen.

Das Grundsatzprogramm bietet also eine gute Basis für linke Politik, die im Kern immer noch auf der Höhe der Zeit ist. Im Programm wurden entscheidende Kompromisse zu ökologischer Klassenpolitik bereits vorweggenommen, es gibt eine gute Grundlage für eine kritische, differenzierte Auseinandersetzung mit Technologien und dem „grünen Kapitalismus“ und es bietet eine Grundlage für sozial-ökologische Politik, an der wir uns heute noch orientieren können.

## **2. „Wo stehen wir?“ – Aktuelle Hegemoniekämpfe: strategische und inhaltliche Linien der Linken**

Seitdem das Grundsatzprogramm verfasst wurde, haben sich in der Auseinandersetzung um sozial-ökologische Fragen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse geändert. Auch die Akteure haben ihre Strategien und Problemlösungsansätze angepasst. In den 2010er Jahren ist es der Klimabewegung gelungen, das Thema auf die öffentliche Agenda zu bringen, und es gab einen derart breiten Konsens für Klimaschutz, dass Markus Söder einen Baum umarmt hat. Während der Amtszeit der Ampel-Regierung hat sich dies drastisch geändert. Die aktuelle Bundesregierung hat zwar nicht formal die Klimaziele aufgegeben, aber dreht viele Maßnahmen der letzten Jahre – die ohnehin schon nie ausreichend waren – weiter zurück.

Die Europäische Union (EU) und Deutschland scheitern an den eigenen Klimazielen. Der Green Deal der EU in Kombination mit einem Ausbau des EU-Emissionshandels sollte Klimaschutz für Unternehmen profitabel machen, verstärkte aber vor allem die soziale Ungleichheit und damit auch die politischen Kräfte, die einer Modernisierung skeptisch bis klar ablehnend gegenüberstehen. Der ökologische Modernisierungskurs der EU und Deutschlands war ohnehin schon nicht ausreichend ambitioniert, um die Klimaschutzziele zu erfüllen. Mit der erstarkten politischen Rechten hat ein fossiler Backlash eingesetzt: Die fossilen Kapitalfraktionen führen einen Abwehrkampf gegen Klimaschutz, insbesondere in den Bereichen Verkehr und Wärme. Sowohl die Debatten um das Heizungsgesetz als auch um das Verbrenner-Aus wurden in den letzten Jahren von rechts genutzt, um Widerstände gegen Maßnahmen zu schüren – auch weil sich viele Menschen in ihren materiellen Lebensbedingungen (Auto, Eigenheim) bedroht fühlen.

Viele der sozialen und ökologischen Maßnahmen in der EU und in Deutschland wurden zurückgenommen. Das Austeritätsregime der EU-Länder verhindert notwendige Investitionen.

Die sicherheitspolitische Überlagerung aller aktuellen Debatten führt dazu, dass knappe finanzielle Mittel eher in Aufrüstung fließen, als in nachhaltige Entwicklung: neue Panzer statt neue Züge, LNG-Terminals statt Wärmepumpen.

Das 1,5-Grad-Ziel ist unerreichbar geworden und selbst das 2-Grad-Ziel scheint in den bestehenden Kräfteverhältnissen kaum noch möglich. China, das allein für fast 30 Prozent der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich ist, hat zwar 2024 erstmals seine CO<sub>2</sub>-Emissionen reduzieren können, dank eines starken Ausbaus Erneuerbarer Energien. Aber Chinas Klimaziele, bis zum Jahr 2035 Treibhausgase um 7 bis 10 Prozent zu reduzieren, gehen nicht annähernd weit genug. In der neuen Blockkonfrontation spielt der Klimaschutz in China mittlerweile eine untergeordnete Rolle, wenn auch die Elektrifizierung der Wirtschaft massiv vorangetrieben wird. Die USA sind unter Donald Trump sogar ganz aus dem Pariser Klimaabkommen ausgestiegen und setzen wieder verstärkt auf fossile Energie. Russland hat sich gar eine fossile Kriegswirtschaft aufgebaut und in Indien ist an einen Ausstieg aus der Kohleverstromung noch nicht zu denken, obwohl der Ausbau der erneuerbaren Energien inzwischen auch dort eine starke Dynamik entwickelt hat. Zehn Jahre nach dem Klimaabkommen von Paris sind die Ergebnisse der COP30 erwartbar enttäuschend: Es gibt keinen internationalen Konsens über oder Fahrplan für den Ausstieg aus fossiler Energie.

Fragen der Ressourcenknappheit spitzen sich weiter zu und führen global zu mehr Konflikten und aggressiven Handelspraktiken. Dabei geht es nicht mehr nur um Öl- und Gasvorräte, Wasser, Böden oder Metalle. Sondern immer stärker um den Zugang zu Seltenen Erden und spezifischen Metallen – wie Lithium, Kobalt und Nickel, die zentral sind für sogenannte grüne Technologien und die Digitalisierung und damit auch für Modernisierungs- und Transformationsstrategien.

## 2.1 Aktuelle Situation

In den 2010er Jahren gab es in der gesellschaftlichen Linken die geteilte Analyse, dass es eine Entwicklung, drei unterschiedliche Hegemonieprojekte und Entwicklungspfade in Deutschland & Europa gibt:

- a) eine Entwicklung hin zu einem grün(-lackierten) Kapitalismus,
- b) eine Stabilisierung der bestehenden fossilen Wirtschaftsweise in autoritärer Form,
- c) eine sozial-ökologische Transformation als Überwindung der fossilen, kapitalistischen Produktions- und Lebensweise.

Die Grünen haben sich strategisch festgelegt: Im Bündnis u.a. mit grünen Kapitalfraktionen und zivilgesellschaftlichen Akteuren setzen sie auf eine ökologische Modernisierung hin zu einem Grünen Kapitalismus. Auch sozialdemokratische und konservative Parteien tragen die ökologische Modernisierung grundsätzlich mit, wollen diese allerdings langsamer vollziehen, um Gewinne fossiler Kapitalfraktionen und energieintensiver Industrie so lange wie möglich zu sichern. Statt um eine umfassende sozial-ökologische Transformation und wirkliche Nachhaltigkeit geht es um eine (rein technisch umzusetzende) Dekarbonisierung der Wirtschaft.

Charakteristisch für die Strategie der ökologischen Modernisierung ist eine wenig aktive Rolle des Staates und der Bürger\*innen. Stattdessen Vertrauen auf die (vermeintliche) Lenkungswirkung von Preisen und auf Marktkräfte unter anderem durch Emissionshandelssysteme,

und CO<sub>2</sub>-Steuern, ergänzt durch Subventionen und ordnungspolitische Maßnahmen, wie das Verbot der Neuzulassungen von PKW mit Verbrennungsmotoren 2035. Subventionen werden in der Regel nicht an soziale und arbeitspolitische Kriterien geknüpft. Ein sozialer Ausgleich der Klima- und Energiepolitik findet nicht statt. Damit verschärft die ökologische Modernisierung soziale Ungleichheit.

Das macht sich die extreme Rechte zunutze: Sie hat sich die Verteidigung der fossilen Produktions- und Lebensweise auf die Fahnen geschrieben. Der industrielle Wohlstand Deutschlands soll ohne Rücksicht auf globale Folgen bewahrt werden. Gleichzeitig wird jeder neue Fahrradweg zu einem Kulturkampf umgedeutet. Die Auswirkungen des Klimawandels werden heruntergespielt oder gar verneint. Statt internationalem Klimaschutz und globaler Verantwortung, wird eine nationalistische Agenda verfolgt: In sozialdarwinistischer Manier wird das „Recht des Stärkeren“ betont. Ressourcenkonflikte zwischen Staaten sind in dieser Logik ein naturgegebener Überlebenskampf.

Mit Blick auf aktuelle Entwicklungen wird deutlich, dass Hegemonieprojekt b) wieder deutlich an Stärke gewinnt. Mit der Faschisierung geht auch eine Stärkung der fossilen Kapitalfraktionen einher. Der Ausstieg von Trumps USA aus dem Pariser Klimaabkommen und die aggressive Außenpolitik im Interesse der Öl- und Gasindustrie zwingen auch andere Länder, wieder verstärkt auf fossile Energie zu setzen. Die großen Energiekonzerne, wie BP wittern neue Profitmöglichkeiten und steigern ihre Investitionen in die Ausbeutung fossiler Ressourcen. Getrieben von der extremen Rechten wechseln in Deutschland auch die Unionsparteien ihre Strategie. So fordern bereits einflussreiche Teile der CDU, sich vom Ziel der Klimaneutralität in der EU zu verabschieden. Damit stellt sich die Frage, ob sich das Fenster für eine sozial-ökologische Transformation geschlossen hat (Interregnum)?<sup>1</sup>

## 2.2 Sozial-ökologischer Umbau hier und heute – was gilt noch und was nicht?

Die Linke verfolgt in Abgrenzung zu Sozialdemokraten und Konservativen – und den Grünen – die Strategie einer sozial-ökologischen Transformation.

Transformation verstehen wir nicht als bloße Erneuerung des Bestehenden, sondern als tiefgreifenden sozial-ökologischen **Umbau der Industrie hin zu gesellschaftlich sinnvollen Produkten mit guter Arbeit** für die Beschäftigten in einem demokratisch partizipativen Prozess. Das bedeutet: Wir organisieren die Transformation gemeinsam mit der Interessensvertretung der Beschäftigten, den Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft.

Sozial-ökologische Transformation bedeutet, dass wir die Art und Weise, wie wir arbeiten und leben, produzieren und konsumieren, demokratisch umbauen wollen. Die Transformation ist ein gesellschaftliches Erneuerungsprojekt, das Ökologie und soziale Gerechtigkeit in sich vereint. Ziel ist es, der gesamten Weltbevölkerung ein gutes Leben zu ermöglichen und gleichzeitig die Reproduktionskreisläufe der Natur zu respektieren. Die Linke hat deshalb in

---

<sup>1</sup>u.a. Mario Candeias in seinen 15 Thesen vom August 2023: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wir-leben-in-keiner-offenen-situation-mehr/>

ihrer Programmatik ein „**neues Wohlstandsmodell**“ formuliert, eine Alternative zum Exportmodell, mehr, bessere und kostenfreie öffentliche Dienstleistungen, soziale Infrastruktur, kürzere Arbeitszeiten etc.

Diese Strategie ist bereits seit dem Erfurter Programm Beschlusslage der Partei. Sie findet sich konzeptionell im Plan-B ‚Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau‘<sup>2</sup> (2012) und dem ‚Aktionsplan Klimagerechtigkeit‘ der Linken Bundestagsfraktion<sup>3</sup> (2015), zum linken Green New Deal/Systemwechsel<sup>4</sup> (2019–2021) und der sozial-ökologischen Investitionsoffensive als inhaltliche Linie in den Linken Wahlprogrammen.

Die fachpolitische Ausarbeitung von Konzepten in diesen Themenbereichen ist weit fortgeschritten (siehe zum Beispiel die aktuellen Wahlprogramme: Europawahlprogramm 2024 und Bundestagswahlprogramm 2025). Insbesondere seit der Abspaltung des BSW sind die prominenten Stimmen aus der Linken verschwunden, die die inhaltliche Ausrichtung der Linken in diesem Themenfeld in den 2010er Jahren teilweise öffentlich infrage gestellt haben. Während Zielkonflikte zwischen Klima- und Klassenpolitik in den 2010er Jahren und im Vorlauf des Wahlprogrammprozesses in den Debatten noch gegeneinander ausgespielt wurden, gibt es in dieser Frage spätestens seit dem Europawahlprogrammprozess von 2024 keine kontroverse Debatte mehr, sondern einen Konsens, der von (fast) niemandem infrage gestellt wird.<sup>5</sup> Dieser **Konsens einer Klimapolitik als Klassenpolitik** sollte im Grundsatzprogramm Ausgangspunkt sein, um keine alten Debatten zu reproduzieren. Dies hätte das Potenzial, nach außen auszustrahlen, da es gerade unsere sozial-ökologischen Positionen sind, die in unserem gesamten Wähler\*innenpotenzial Zustimmung erlangen.

Im Grundsatzprogramm wird der sozial-ökologische Umbau ausführlich behandelt, teilweise auch auf einer Detailebene, die sonst in Wahlprogrammen verhandelt wird. Im Grundsatzprogramm müssen die meisten fachpolitischen Kontroversen nicht entschieden werden. Dafür haben wir Wahlprogramme. Das wollen wir in der Programmdebatte beachten.

### 3 Fragestellungen für die Programmdebatte

In den öffentlichen linken Debatten gibt es eine Reihe von Fragen, die umstritten sind – zum Beispiel auch mit relativ knappen Abstimmungen auf den letzten Parteitagen und mit wechselnden Beschlusslagen. Diese konkreten Fragen können in **verschiedene Debattenblöcke** eingruppiert werden. Diese Debatten werden ebenso im Umfeld der Partei geführt. Hier scheint es besonders sinnvoll zu sein, die Zivilgesellschaft aktiv in die Debatte mit einzubinden, gerade auch, um als gesellschaftliche Linke gemeinsame Antworten auf die konkreten

---

<sup>2</sup>DIE LINKE im Bundestag, 2012: Plan-B ‚Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau, URL: [https://www.rosalux.de/fileadmin/ls\\_saar/image/veranstaltungen/120511-Plan-B-komplett-low.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/image/veranstaltungen/120511-Plan-B-komplett-low.pdf)

<sup>3</sup>DIE LINKE im Bundestag 2020: Aktionsplan Klimagerechtigkeit, URL: [https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user\\_upload/PDF\\_Dokumente/2020/LINKE\\_BTF\\_Broschuere\\_Klimagerechtigkeit\\_Web.pdf](https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/PDF_Dokumente/2020/LINKE_BTF_Broschuere_Klimagerechtigkeit_Web.pdf)

<sup>4</sup>DIE LINKE 2021: Ökologischer und sozialer Systemwechsel: Für einen LINKEN Green New Deal, URL: <https://www.die-linke.de/wahlen/wahlprogrammdebatte-2021/wahlprogrammmentwurf-2021-erster-entwurf/oeko-logischer-und-sozialer-systemwechsel-fuer-einen-linken-green-new-deal/>

<sup>5</sup>Vgl. Die Linke, 2025: Bundestagswahlprogramm in den Kapiteln 8, 9 und 11.

inhaltlichen Fragen formulieren zu können. Unser Ziel ist es, konstruktiv, nach innen klärend und nach außen ausstrahlend zu diskutieren und unsere Ideen und Positionen weiterzuentwickeln. Hierfür schlagen wir folgende Fragestellungen vor:

**Linke Technologiekritik oder: Welche Technologien benötigen wir für den sozial-ökologischen Umbau?** Darunter fallen unter anderem: Potenzial und Risiken von unerprobten Technologien, wie CCS; wie viel fossile Energieversorgung, z.B. Gaskraftwerke, wir in Zukunft noch brauchen werden; wie viel Hoffnung wir in grünen Wasserstoff setzen; wie wir mit Digitalisierung und dem Ausbau von KI umgehen; und wie wir der möglichen Renaissance der Atomenergie entgegentreten.

**Wie erreichen wir eine nachhaltige Produktions- und Lebensweise innerhalb der planetaren Grenzen?** Darunter fällt unter anderem: die Zukunft der Autoindustrie und damit einhergehend zum Beispiel die Förderung von Elektroautos; über die Unterstützung der Industrie in der Transformation, exemplarisch dafür ist die Diskussion um einen Industriestrompreis; über die Ausweitung der Mitbestimmung der Beschäftigten und die Kompetenzen von Transformationsräten; über neue Eigentumsformen und Vergesellschaftung; Klimakrise im internationalen Kontext, „analytischer Rahmen für linke Ökologiepolitik: „Degrowth“, „imperiale Lebensweise“ und „Green New Deal“; Verständigung über solidarische Perspektiven und einen neuen Wohlstandsbegriff.

**Wie positionieren wir uns zu reformorientierten Ansätzen des grünen Kapitalismus?** Darunter fällt unter anderem die Diskussion über marktbasierende Ansätze wie die Europäischen Emissionshandelssysteme ETS1 (wird mittlerweile unter Bedingungen von der Linken unterstützt) und ETS2 (wird weiterhin abgelehnt); wie sich Konsumkritik verhält zu der Notwendigkeit, die systemischen Bedingungen sozial-ökologischer Zerstörung zu beseitigen; Zuletzt spielt **Klimaanpassung** im Grundsatzprogramm bisher keine Rolle, wird aber immer relevanter und sollte Erwähnung finden – auch wenn es dazu bereits eine Positionierung in aktuellen Wahlprogrammen gibt.<sup>6</sup> In der gesellschaftlichen Linken gibt es bereits eine beginnende Debatte und Bewegung zu Themen der Klimaanpassung, wie zum Beispiel die selbsternannte „Wassergerechtigkeitsbewegung“. Eine (auch kritische) Debatte über Klimaanpassung wäre programmatisch sinnvoll und könnte zeigen, dass wir hier einen Weg in eine solidarische Gesellschaft weisen können und auf der Höhe der Zeit diskutieren.

Im neuen Grundsatzprogramm sollte ein **aktualisiertes Narrativ** zum sozial-ökologischen Umbau zum Tragen kommen. Diese Erzählung muss sowohl eine Antwort auf den rechten Kulturkampf sein, als auch eine Kritik am Leitbild des grünen Kapitalismus und der damit verbundenen sozialen Ungerechtigkeit. Damit wollen wir nach außen ausstrahlen – und Perspektiven für eine erneute Bewegung für einen sozial-ökologischen Umbau aufzeigen. Wir machen deutlich: Die Linke stellt sich der größten Menschheitsaufgabe dieses Jahrhunderts. Wir wollen die sozial-ökologische Krise aus Klimawandel, Naturzerstörung und Ressourcenknappheit bewältigen. Dabei vertrauen wir nicht wie andere Parteien blind auf den Markt oder hoffen auf die noch nicht verfügbare technologische Rettung. Wir wollen die Art und Weise,

---

<sup>6</sup>Vgl. Bundestagswahlprogramm 2025 in Kapitel 9.

wie wir produzieren, konsumieren und zusammenleben, grundsätzlich demokratisch neugestalten und ein besseres Leben für alle innerhalb der planetaren Grenzen ermöglichen.

In der Debatte wollen wir **Schnittstellen** zu den beiden Framing-Schienen ‚gegen Rechts‘ und ‚in welchem Kapitalismus leben wir‘ deutlich machen. Darüber hinaus wollen wir in der Debatte auch Schnittstellen zur Außen- und Friedenspolitik thematisieren: Die herrschende Produktions- und Lebensweise beruht auf einer steten Externalisierung sozialer und ökologischer Schäden. Und auch der Ausbau „grüner“ Technologien schafft unter kapitalistischen Bedingungen neokoloniale Abhängigkeiten der Länder des globalen Südens. Konflikte und knapper werdende Ressourcen nehmen weltweit zu. Schließlich wollen wir mit dem Thema Bau- und Wärmewende eine Schnittstelle bilden zum Schwerpunktthema Wohnen und Miete. Wir blicken daher auch auf die Organisierung des Alltags und Versorgungsstrukturen (e.g. „Sorgende Städte“). Wir begreifen Klimaresilienz auch als Möglichkeit zur Neuordnung von sozialen und gesundheitspolitischen Aufgaben und schärfen dabei zugleich unser Narrativ als feministische Partei.

Wir wollen es vermeiden, Streitfragen vergangener Jahre zu reproduzieren. Der Debattenblock zu vermeintlichen Widersprüchen und Zielkonflikten hat das Ziel, inhaltliche Fragen nach innen zu klären sowie Leitgedanken bzw. konkrete Textentwürfe für das neue Grundsatzzprogramm zu erarbeiten – gleiches gilt für den Block zu Klimaanpassung. Die Schnittstellenthemen haben die Funktion, die Debatte zu rahmen, sie mit anderen Debatten in der Partei zu verbinden und nach außen auszustrahlen.

- Bestandsaufnahme linker Debatten: Zwischen Klimagerechtigkeit und Angst vor dem Kollaps, Klassenpolitik und verbauten Perspektiven auf den sozial-ökologischen Umbau, Vergesellschaftung
- Vermeintliche Widersprüche und Zielkonflikte in der ökologischen Transformation
  - Die Rolle von Technologie
  - Degrowth, neues Wohlstandsmodell, nachhaltige Lebensweisen, nachhaltige Industrie vs. Schutz von bestehenden Industriearbeitsplätzen
  - Bauwende als Umbauwende: ‚Sorgende Städte‘
- Klimaanpassung: Wenn wir das Klima nicht ausreichend schützen können – wie können wir uns auf die resultierenden Katastrophen vorbereiten?
- Schnittstelle: Der fossile Rollback der Rechten
- Schnittstelle: Akkumulationsregime grüner Kapitalismus / Für welchen Sozialismus streiten wir: Wege aus (nicht nur) dem fossilen Kapitalismus
- Schnittstelle: Außen- und Friedenspolitik
- Schnittstelle: Wohnen, Bauen und Mietenkampagne der Partei

## 4 Akteure, die wir in die Debatte einbeziehen wollen

Unsere sozial-ökologischen Positionen sollen nach innen und außen ausstrahlen. Für eine Debatte auf der Höhe der linken gesellschaftlichen Positionen braucht es die systematische Beteiligung von Fachleuten aus Partei, Bundestagsfraktion, Landtagsfraktionen, BAGn, Gewerkschaften, NGOs und anderen Expert\*innen. Gleichzeitig soll der Austausch so angelegt sein, dass die Verbindungen in die gesellschaftliche Linke und zu progressiven Organisationen, Verbänden und Bewegungen hinein gestärkt werden.

Folgende Akteure könnten in die Debatte einbezogen werden:

- Arbeitsgemeinschaften in der Partei: BAG Klimagerechtigkeit, Ökologische Plattform, AG Betrieb und Gewerkschaft, BAG Städtebau und Wohnungspolitik
- Parteienfamilie: AG Öko-Marxismus in der Linken Bundestagsfraktion, RLS, Jugend- und Studierendenverband
- Umfeld in der Zivilgesellschaft: Power Shift, Attac, Fridays for Future, Klimagerechtigkeitsbewegung, Hans-Böckler-Stiftung, Der Paritätische, Volkssolidarität
- Gewerkschaften im Themenfeld: DGB, IGM, ver.di, IGBCE, EVG
- Kritische Wissenschaftler\*innen aus sozial- und naturwissenschaftlichen Disziplinen mit Bezug zum Themenfeld und relevanten Perspektiven
- Größere NGOs im Themenfeld: BUND, Greenpeace, NABU, Oxfam, Germanwatch
- Kirchliche Verbände: Brot für die Welt
- Kommunalpolitische Verbände